

## Neue grün-rote Landesregierung Forderungen der GEW

Am 27.3. ist es geschehen: Nach 57 Jahren ununterbrochener Regierung wurde die CDU/FDP-Koalition in Baden-Württemberg abgewählt. Gewinner der Landtagswahl können unsere Kinder und Jugendlichen sein, wenn die Wahlgewinner Grüne und SPD ihre Zusagen tatsächlich umsetzen. Die GEW ist in den Wahlen für einen Wechsel auch in der Bildungspolitik eingetreten. Die Erwartungen der GEW an eine grün-rote Landesregierung sind dementsprechend hoch.

### 1. Bildungsfinanzierung

Auf dem Bildungsgipfel in Dresden 2008 haben Bund und Länder eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben beschlossen. Im Wahlkampf selbst musste die GEW immer wieder Bestrebungen und Forderungen entgegentreten, die „demographische Rendite“ einzufahren, d.h. die sinkenden Schüler/innenzahlen dazu zu benutzen, Stellen und Ressourcen im Bildungsbereich zu streichen. Die GEW forderte deshalb noch einmal nachdrücklich: Es darf keine Kürzungen zulasten der Bildung und der dort Beschäftigten geben.

### 2. Sofortmaßnahmen

Aus unserer Sicht ist es notwendig, kurzfristig die Umsetzung bestimmter Maßnahmen der alten Landesregierung zu stoppen.

#### • Stopp der Einführung der Neuen Werkrealschule

Die GEW hat die neu konzipierte Werkrealschule immer als pädagogischen Rückschritt und organisatorisches Monstrum kritisiert. Im Schuljahr 2012/13 würden erstmals Schüler/innen aus den 10. Klassen der WRS an die beruflichen Schulen kommen, um dort an zwei Tagen in der Woche den berufsorientierten Teil im ersten Jahr der zweijährigen BFS zu besuchen. Dies bedeutet sowohl für die Lehrkräfte an den beruflichen Schulen als auch an den WRS – v.a. aber für die betroffenen Schüler/innen selbst – eine massive Belastung. Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, diesen v.a. organisatorisch aufwändigen Schritt zu vollziehen für eine Schulart, die in dieser Form letztlich keine Zukunft hat.

#### • Verzicht auf das Lebensarbeitszeitkonto:

Dieses ist letztlich ein Kind der Sparpläne von Mappus. Sein Ziel war es, Teile der Lehrkräfte länger arbeiten zu lassen, um die dadurch zusätzlich gewonnenen Stunden in Stellensperrungen umzusetzen. Der massive Widerstand der Kollegien und der GEW hat letztlich dazu ge-

führt, dass aus dem verpflichtenden „Vorriffsstundenmodell“ ein freiwilliges „Lebensarbeitszeitkonto“ wurde, das Ziel Stellen zu sperren blieb jedoch. Die GEW lehnt ein Lebensarbeitszeitkonto ab, das dazu dient Einstellungsmöglichkeiten zu vernichten. Es ist darüber hinaus auch nicht das Ziel der GEW, dem KM ein Instrumentarium an die Hand zu geben, auch in Zukunft das strukturelle Unterrichtsdefizit durch Mehrarbeit abzumildern, so wie dies derzeit mit der Bugwelle geschieht. Die GEW fordert vielmehr, dass die Kolleg/innen ihre angesammelten Stunden nach ihren Bedürfnissen abfeiern können.

#### • Rücknahme der Streichungen in der Lehrerfortbildung

Fortbildung ist ein wesentliches Instrument zur Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule. Trotzdem hat das KM die Mittel für regionale LFB (alle Schularten) seit 2002 um 27% und die Mittel für die Landesakademie um 10% gekürzt. Die GEW fordert nicht nur die rasche Rücknahme dieser Kürzungen, sondern zusätzliche Mittel.

### 3. Empfehlungen der Enquetekommission

Für die kommende Legislaturperiode fordert die GEW von der neuen Landesregierung, die wesentlichen Empfehlungen der Enquetekommission, die Ende 2010 von allen Fraktionen angenommen wurden, umzusetzen bzw. in einigen Punkten auch zu erweitern. Dazu gehören insbesondere:

- Die Enquete empfiehlt den beruflichen Schulen 900 zusätzliche Stellen in drei Jahren zur Verfügung zu stellen, um das strukturelle Unterrichtsdefizit abzubauen. Die GEW fordert, dies jetzt zügig umzusetzen.
- Ab dem kommenden Schuljahr beginnen an den beruflichen Schulen Programme zum Einstieg in individuelle Fördermaßnahmen und zur Erprobung von Ganztagesmodellmodellen. Diese müssen fortgeführt und ausgebaut werden.
- Der Ausbau der beruflichen Gymnasien muss so weitergeführt werden, dass ein Rechtsanspruch auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium verwirklicht werden kann.
- Die Duale Ausbildung muss für leistungsstarke Schüler/innen deutlich attraktiver werden und zu einer „Doppelqualifikation“ führen: einerseits zu einer beruflichen Ausbildung in einem Ausbildungsberuf und andererseits parallel zu einem

## Tarifabschluss ohne Lehrer-Entgeltordnung

## Tarifergebnis erfüllt nicht alle Erwartungen

Ein Tarifergebnis ohne wenigstens einen Einstieg in eine Lehrer-Entgeltordnung – das ist bitter und wird viele Kolleginnen und Kollegen ernüchert haben. Schließlich haben sie mit ihrem Engagement, ihren phantasievollen Aktionen und ihrem Einsatz bei den Warnstreiks in den Wochen vor der letzten Verhandlungsrunde entscheidend dazu beigetragen, dass die schlechte Bezahlung der Lehrkräfte im Schul- und Hochschulbereich und die Weigerung der Arbeitgeber über einen Tarifvertrag zur Eingruppierung von Lehrkräften endlich auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen und skandalisiert wurde. Entsprechend hoch waren die Erwartungen an das Verhandlungsergebnis.

Hochschulzugang. Dazu muss der durchschnittlichen Berufsschulunterricht auf 16 Stunden erhöht und die Möglichkeit, eine Fachhochschulreife zu erwerben, konsequent ausgebaut werden.

- Wir brauchen ein Grundrecht auf eine berufliche Erstausbildung. Hier ist die neue Regierung in der Pflicht. Dafür muss die Wirtschaft ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen. Dort, wo dies nicht ermöglicht werden kann, muss das Land entsprechende Alternativen – darunter auch Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen schaffen.

Die GEW wird gemeinsam mit den Kolleg/innen dafür eintreten, dass diese Forderungen Bestandteil des Regierungsprogramms der neuen Landesregierung werden.

Michael Futterer

### Das haben wir erreicht:

Das Wichtigste in Kürze:

- **Erhöhung der Tabellenwerte:** ab 1. April 2011 um 1,5 %; ab 1. Januar 2012 um 1,9 % und anschließend um 17 Euro. Die Erhöhung gilt auch für die Lehrkräfte, die sich seit dem TV-L in einer individuellen Zwischen- oder Endstufe befinden.
- **Einmalzahlung:** Für alle im April 2011 Beschäftigten 360 Euro, Teilzeitbeschäftigte anteilig.
- **Neuberechnung der Stufenlaufzeit für alle Neueinstellungen ab 1.4.2011:** Addition der Arbeitsverhältnisse beim selben Arbeitgeber zuzüglich der 6 Monate Referendariat oder Vorbereitungsdienst, sofern die Unterbrechung zwischen den Arbeitsverhältnissen nicht mehr als jeweils 6 Monate beträgt. Das ist erfreulich für die vielen Kolleg/innen, die vor der Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis z. B. mit befristeten Verträgen als Vertretungslehrkräfte beschäftigt waren und dann wieder in Stufe 1 beginnen mussten.
- **Tarifverhandlungen zur Altersteilzeit** im Rahmen des Altersteilzeitgesetzes können auf Landesebene geführt werden.
- **Allgemeine Entgeltordnung öD ab 1. Januar 2012:** Unter anderem Zusage der TdL, in ihren Lehrerrichtlinien die 5- und 6-jährigen Aufstiege für die Entgeltgruppen 2-8 der Entgeltordnung abzubauen. Damit sind erfreulicherweise Höhergruppierungen für einige Lehrkräfte im Organisationsbereich der GEW verbunden.
- **Laufzeit** bis zum 31.12.2012

### Die bittere Erkenntnis:

**Die Eingruppierung von Lehrkräften bleibt obrigkeitstaatliches Arbeitgeberrecht.**

Bei den Tarifverhandlungen ging es zwei Tage lang um die Eingruppierung für Lehrkräfte. Für einen Einstieg in die Lehrer-Entgeltordnung waren die Gewerkschaften – auch ver.di – zu großen Zugeständnissen bereit. Die Arbeitgeber beharrten jedoch auf ihrem einseitigen und vordemokratischen Recht zur Eingruppierung der fast 205.000 tarifbeschäftigten Lehrkräfte und verweigerten ihnen eine Entgeltordnung, die den Namen auch verdient. Deshalb haben die Delegierten der Bundestarifkommission der GEW mit ihrem Votum entschieden: **Lieber ein Tarifergebnis ohne Lehrer-Entgeltordnung als ein Arbeitgeberdiktat durch Unterschrift zum Vertrag zu erheben.**

### Wie geht es weiter?

**Ablehnung des Tarifergebnisses schwächt die Tarifsituation der GEW!**

Mit Blick auf das Wahlgeschenk der Landesregierung über die 2-prozentige Gehaltserhöhung für Beamte/innen ab 1. April mag den Kolleg/innen in Baden-Württemberg dieses Tarifergebnis noch weniger schmecken und das Gefühl, als Tarifbeschäftigte Lehrkräfte 2. Klasse zu sein, mag sich verfestigen.

Dennoch: Bei Ablehnung durch die Mitglieder würden noch nicht einmal die erzielten Regelungen für uns gelten. Die Tarifsituation der GEW würde sich dadurch sogar

weiter auf S.4



Bild v. l. n. r.: OSiR Limmeroth (KM), MDgt Lorenz (KM), Hans Gampe (GEW), Georgia Kolb (GEW), Michael Futterer (GEW), Ingrid Letzgas (GEW), StD Benkmann-Köbler (KM), LMR Hoch (KM)

### GEW - Berufliche Schulen im Gespräch mit dem Kultusministerium

Zu einem Meinungs- und Informationsaustausch trafen sich Anfang Februar Vertreter der GEW-Landesfachgruppenausschüsse Berufliche Schulen mit der Abteilung Berufliche Schulen am KM. In gewohnt konstruktiver und guter Atmosphäre wurden die nicht immer übereinstimmenden Meinungen zu aktuellen Themen der beruflichen Schulen ausgetauscht. Im Einzelnen wurden folgende Themen besprochen: Die Empfehlungen der Enquetekommission und deren mögliche Umsetzung aus Sicht des KM, der Wegfall des Bewährungsaufstiegs, die neuen Entwicklungen an den Beruflichen Gymnasien und der Umgang mit dem strukturellen Unterrichtsdefizit und der Bugwelle.

## Die Ergebnisse der Enquetekommission in der Diskussion Fit für die Wissensgesellschaft?

Vor Weihnachten hat die im Jahr 2010 eingerichtete Enquetekommission „Fit für die Wissensgesellschaft – Berufliche Schulen, Aus- und Weiterbildung“ ihren Abschlussbericht vorgelegt. Er enthält 50 konkrete Handlungsempfehlungen an die Landesregierung mit etwa 160 Einzelvorschlägen.

Zu den zentralen Handlungsfeldern der Enquetekommission, die sich aus Landtagsabgeordneten und externen Mitgliedern zusammensetzte, gehörte u. a.

- die nachhaltige Sicherung der beruflichen Schulstandorte,
- die Bereitstellung passgenauer Bildungs- und Förderangebote für leistungsstarke und leistungsschwache Schüler/innen im rein schulischen Bereich und in der dualen Ausbildung sowie
- die strukturelle Weiterentwicklung der Weiterbildung auch an beruflichen Schulen.

Die einzelnen Kapitel der Handlungsempfehlungen gliedern sich in die Beschreibung des Sachstandes, die Analyse der Herausforderungen und die abgeleiteten Handlungsempfehlungen. Da die meisten Handlungsempfehlungen einstimmig beschlossen wurden, kann damit gerechnet werden, dass die zukünftige Landesregierung sie auch umsetzt. Die Minderheitenvoten von SPD und Bündnis 90/GRÜNE wurden festgehalten. Der Landtag hat den Bericht zur Kenntnis genommen und die Landesregierung aufgefordert, einige Handlungs-

empfehlungen möglichst bald umzusetzen und andere bis 21.07.2011 zu bewerten. Bis zum 31.12.2011 soll die Landesregierung mitteilen, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Die Enquetekommission hat in 12 Sitzungen und 7 Anhörungen von Sachverständigen und Verbänden (die GEW wurde vom stellv. Landesvorsitzenden Michael Futterer vertreten) fleißig gearbeitet. Sie hat die aktuellen Fragestellungen im beruflichen Bereich – Vollzeitschulen, duale Ausbildung und Weiterbildung – abgebildet und bearbeitet. Wichtige Handlungsempfehlungen werden hier auf dieser und der folgenden Seite kurz dargestellt und aus der Sicht der GEW bewertet.

Hans Gampe

### Ausbau beruflicher Gymnasien

In Baden-Württemberg zeigen die Empfehlungen der Enquetekommission in die richtige Richtung:

- mehr Durchlässigkeit durch den Ausbau der beruflichen Gymnasien
- quantitativ: 100 zusätzliche Klassen ab 2011/12 vorab verkündet, ggfs. weiterer Ausbau nach Bedarf
- qualitativ: neues Profil „Umweltechnik“ an Technischen Gymnasien; Zeitschiene: Modellstandorte ab 2011/12, nachfrageorientierter flächendeckender Ausbau ab 2012/13
- neues richtungsübergreifendes Fach: Organisation & Führung im Handwerk; Zeitschiene: 2011/12 - 2014/15

Das KM hat bereits im Januar angekündigt, mit „Umweltechnik“ an 10 Standorten zu beginnen, außerdem will es im neuen Schuljahr an elf Wirtschaftsgymnasien ein neues Profil „Internationale Wirtschaft“ einführen. Außerdem sollen bis zu weitere 13 Standorte für Technische Gymnasien eröffnet werden.

Der Druck, den die GEW und die im Landtag vertretenen Oppositionsparteien SPD und Bündnis 90/Die Grünen ausgeübt haben, zeigt Wirkung. Hier ist das deutliche Bemühen des KM zu erkennen, mehr Bildungschancen zu eröffnen. Die GEW bleibt aber bei ihrer Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium.

### Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung

Unter dieser Überschrift soll endlich u.a. eine gleiche Verteilung der Ressourcen auf beide Bereiche erfolgen. Das strukturelle Unterrichtsdefizit an beruflichen Schulen soll in 3-5 Jahren abgebaut werden und ein Versorgungsniveau der allgemein bildenden Schulen erreichen. Dazu sollen 900 zusätzliche Stellen aus der „demografischen Rendite“ aufgewendet werden.

Das hörte sich zunächst gut an – vor der Landtagswahl. Aber: Die Umsetzung ist ressourcenintensiv und es kommen dazu noch andere Rahmenbedingungen wie z. B. der Abbau der enormen Bugwelle und das Sparprogramm der Landesregierung mit dem bisher nur in nebulösen Umrissen erkennbaren „freiwilligen Lebensarbeitszeitmodell“. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission sind leider zum größten Teil nur unverbindliche Empfehlungen und lassen sich nur mit zusätzlichen Mitteln umsetzen. In einem ersten Schritt sind lt. Kultusministerin Schick 10 Mio. €, davon 6-7 Mio. € für den Bereich Bildung vorgesehen. An der Ressourcenfrage wird die GEW die weitere Umsetzung der Handlungsempfehlungen messen.

### Pflichtfremdsprache Englisch in der Berufsschule

Eine zentrale Empfehlung der Enquetekommission bezieht sich auf den Fremdsprachenunterricht in der Berufsschule. Das Fach (berufsbezogenes) Englisch soll – bundesweit einmalig - einstündig verpflichtend unterrichtet werden. Die schrittweise Einführung soll bis 2016/17 abgeschlossen sein. Das KM möchte die Empfehlung bereits 2011/12 umsetzen: Damit können alle Teilzeitschüler/innen ihre englischen Fremdsprachenkenntnisse erhalten und ausbauen.

Die Einführung eines flächendeckenden Fremdsprachenunterrichts an der Berufsschule ist die Behebung eines längst überfälligen Defizits in Baden-Württemberg. Wie lange das KM braucht, sinnvolle Reformen auf den Weg zu bringen, zeigt ein Blick in das Berufsschul-Info Juni/ Juli 1995. Damals bereits forderte die GEW: „Die Berufsschule ist .... die einzige Schulart, die kein flächendeckendes Fremdsprachenangebot vorsieht. Dieses Defizit gegenüber den allgemein bildenden Schulen sollte aufgehoben werden.“

### Schulverwaltungsassistent/in

„Die Enquetekommission empfiehlt der Landesregierung für mittelgroße und große berufliche Schulen Schulverwaltungsassistenten (. . .) unter 50%iger Kostenbeteiligung des Landes (ab dem Schuljahr 2012/13) vorzusehen.“

Da in den Schulversuchen zu Schulverwaltungsassistent/innen der Landesanteil teilweise durch Stunden aus dem allgemeinen Entlastungskontingent („Stundenpool“) finanziert und somit von den Lehrkräften bezahlt wurde, befürchtet die GEW die dauerhafte Einschränkung des Stundenpools und damit die Einschränkung dieser Entlastungsmöglichkeit für Lehrkräfte.

So gibt es den Stundenpool („24er Pool“) für ständige außerunterrichtliche Aufgaben wie z.B. Verbindungslehrer/in, Suchtprävention und für besondere unterrichtliche und außerunterrichtliche Belastungen. Zeiten für Leitungsaufgaben (Kennziffer 21-23) gibt es extra z.B. für Statistik, Öffentlichkeitsarbeit, Schulpartnerschaften, Schulhausbau usw. Um diese Entlastung der Lehrer/innen und ausreichend Zeit für Leitungsaufgaben weiterhin zu gewährleisten, fordert die GEW eine 100%ige Finanzierung der Schulverwaltungsassistentenz durch das Kultusministerium.

### Einführung von Ganztagesangeboten an den beruflichen Schulen

In ihren Handlungsempfehlungen spricht sich die Enquetekommission für eine zeitnahe Einführung der Ganztagesbeschulung in den Schularten BVJ, BEJ und VAB aus. Diese Ganztagesangebote sollen schrittweise ab dem Schuljahr 2011/12 eingeführt werden. Die bereits im Zuge des vom Europäischen Sozialfond geförderten Projekts „BVJ-Ganztagesförderung“ eingerichteten Klassen sollen weitergeführt werden.

Ab dem Schuljahr 2011/12 starten laut Handlungsempfehlung weitere Modellversuche am BK I (insgesamt 50 Klassen; ein entsprechendes Anschreiben ging bereits im Februar an die Schulen) mit dem Ziel, durch ein optimiertes Unterrichtsangebot den Übergang ins BK II zum Erwerb der FHSR zu erleichtern. Eine Entscheidung über Ausbau im BK I erfolgt vermutlich zum Schuljahr 2014/15.

Individuelle Förderung, die von den vorhandenen Stärken des Schülerklientels ausgeht, soll als pädagogisches Grundprinzip die Ausgestaltung des Unterrichts prägen. Der zeitliche gewünschte Umfang des Ganztagesangebotes umfasst fünf Wochentage mit insgesamt mindestens 36 Zeitstunden. An vier Tagen soll ein ganztägiges Lernen im Umfang eines gewöhnlichen Arbeitstages (mindestens 8 Zeitstunden) stattfinden.

### Gute Ganztagschulen brauchen Ressourcen!

Die GEW begrüßt grundsätzlich die Einführung von Ganztagesangeboten auch an den beruflichen Schulen als längst überfälligen Schritt. Bedauerlicherweise wurde die zweijährige zur Fachschulreife führende Berufsfachschule ausgeklammert, für die die GEW schon viele Jahre aus pädagogischen Gründen einen Ganztagesbetrieb gefordert hatte.

Aufgrund der derzeit äußerst angespannten sächlichen und personellen Ausstattung der beruflichen Schulen in Baden-Württemberg kritisiert die GEW, dass lediglich zusätzlich 5 Unterrichtsstunden zur Verfügung gestellt werden, um die Empfehlungen im angestrebten Zeitrahmen umzusetzen.

Mit einem im Wandel befindlichen Verständnis von Schule muss zweifellos auch ein verändertes Verständnis von Schularbeit und von der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern einhergehen. Dabei erweisen sich die bisher gehandhabten Arbeitszeitregelungen auf der Basis von Deputaten geradezu als Einfallstor für einen unregelmäßigen Zugriff auf eine Mehrbelastung.

Gesellschaft und Politik müssen wissen, dass die Ganztagschule nur zu haben ist, wenn sich die veränderten Anforderungen an die Lehrkräfte in klaren, zumutbaren und nachvollziehbaren Arbeitszeitregelungen widerspiegeln. Es sollte der Öffentlichkeit nicht verschwiegen werden, dass neben dem Mittagessen und den baulichen Investitionen noch erhebliche Investitionen in das Personal der Ganztagschule folgen müssen, wenn sie sich als Investition in die nachfolgenden Generationen und insofern als Zukunftsinvestition qualifizieren soll.

### Dualisierung der berufsvorbereitenden Schularten

Der Bericht stellt fest, dass die Schülerzahlen in diesen Schularten von der Lage am Ausbildungsmarkt abhängt. Durch die Einführung der Werkrealschule soll ein gewisser „Abnahmeeffekt im BEJ“ eintreten. Es wird weiterhin festgestellt, dass die Schüler/innen insbesondere in den Fächern Deutsch und Mathematik Unterstützung brauchen, Sozialverhalten und Motivation sind unzureichend. Auffallend ist, dass „gegenwärtig die Übergangsquoten in eine Ausbildung nach dem BVJ und BEJ trotz Entspannung auf dem Ausbildungsmarkt rückläufig sind“. Nur 40% der BVJ- und 15 % der BEJ-Abgänger besuchen eine Maßnahme der Arbeitsagentur.

Daher „scheint eine Erhöhung der praktischen Lerninhalte bei gleichzeitiger Reduzierung der theoretischen Inhalte ein richtiger Schritt zu sein . . .“

Die Enquetekommission empfiehlt daher drei Maßnahmen:

1. **Dualisierung der berufsvorbereitenden Bildungsgänge** „mit der Chance für ein gelingendes Start ins Berufsleben“
2. **Betriebspraxis zur Förderung der Lernmotivation** mit mindestens zwei festen Praxistagen pro Woche
3. **Aufbau eines Unterstützungssystems**, bei dem die Lehrkräfte im Dialog mit den Ausbildern den Förderbedarf ermitteln und passgenaue Lernhilfen bei Lerndefiziten entwickeln. Den Jugendlichen sollen Jugendberufshelfer zur Seite stehen.

Mehr Praxis zu Lasten von Theorie klingt plausibel, ändert aber nichts an den oben skizzierten Problemen und bedeutet häufig nur unbezahlte Hilfsarbeit in beliebigen Betrieben, die keinerlei Ausbildungsambitionen haben. Die GEW sieht daher folgende Probleme:

1. Praktika brauchen, wenn sie irgendeinen Sinn machen sollen, eine sehr enge Begleitung, über deren Finanzierung an keiner Stelle im Bericht der Enquetekommission die Rede ist.
  2. Der Teufelskreis, in dem schwache HS-Absolventen unter Reduzierung von Theorieunterricht Praktika durchlaufen und dann an der (gegenüber dem BVJ) anspruchsvolleren Prüfung scheitern, bleibt bestehen.
- Häufig werden die erfolgreichen Versuche im EQJ angeführt. Nur sobald die ESF-Mittel ausgelaufen sind, werden die Sozialarbeiter/innen in die Wüste geschickt. Nicht zum ersten Mal in den vergangenen Jahrzehnten geht gewonnenes Know-How verloren. Kaum vorhandene Berufsbegleiter/innen und Kolleg/innen, die für drei Zeitstunden eine Deputatsstunde angerechnet bekommen sollen, werden keine effektiven Systeme begründen können.

## Weiterentwicklung von OES

Die Operativ Eigenständige Schule wird von der Kommission als effizienter und nutzenstiftender Prozess für den Kernbereich Unterricht eingeschätzt, den es weiter zu optimieren gelte. Poolstunden und die Einführung der Kooperationszeit werden als besonders teamförderlich hervorgehoben.

Positiv an dem Bericht ist anzumerken, dass er die Beanspruchung der Lehrkräfte durch die Einbindung in die Qualitätsentwicklung aufgreift. Richtig wird erkannt, dass aufgrund des noch bestehenden Unterrichtsdefizits und der „damit einhergehenden Notwendigkeit von Mehrarbeit der Lehrkräfte“ einer „weiteren Intensivierung“ dieses Prozesses enge „Grenzen gesetzt“ sind.

Allerdings wird in dem Bericht verabsäumt, die für die Durchführung von OES notwendigen Entlastungsstunden zu erwähnen. Waren die zugewiesenen Stunden in den letzten Jahren schon nicht ausreichend, ist der weitere Gelingensprozess von OES ohne Entlastung unserer Meinung nach nicht mehr machbar.

Aufschlussreich ist dazu die Empfehlung im Bericht, die „Motivation der Lehrkräfte“ im Zusammenhang mit Schulentwicklung in das Programm der Führungskräfteentwicklung aufzunehmen. Offensichtlich wird OES nicht mehr als ein sich selbst tragender Prozess anerkannt, sondern als etwas, zu dessen Glück die Kollegien erst zu „motivieren“ sind.

Damit einher geht auch die Vorstellung der Kommission, die Aufgabe der Fremdevaluation ab der zweiten Durchführung nicht mehr ausschließlich beim Landesinstitut für Schulentwicklung anzusiedeln. Dass die Umsetzung der Zielvereinbarungen selbst Evaluationsgegenstand werden müsste, deutet auf eine strengere Einbindung der Gesamtkonzeption in ein Vorgabenkorsett der Schulverwaltung hin. Wenn dies nun auch der Evaluation durch ein Alternativinstitut zum LS anheimgestellt sein soll, wird der Bereich, der bislang als gerade unabhängig eingestuft wurde, nämlich die Fremdevaluation durch das LS durchführen zu lassen, verlassen: Wie der Bericht offen formuliert, will er hier der Marktöffnung das Wort reden, der auf diese Weise eine Einfallsschneise in den öffentlichen Schulsektor geschlagen werden soll. Zielpunkt soll die ISO-Zertifizierung durch diesen externen Dienstleister sein.

Als Argumentation weist der Bericht eine angebliche Unprofessionalität und mangelnde Unabhängigkeit des LS aus und zwar aus dem Blickwinkel des dualen Partners. Hier ist die Frage zu stellen, ob dieser duale Partner nicht seinerseits ausgesprochen professionell vorgegangen ist, in dem er ausgezeichnete Lobbyarbeit geleistet hat, um diese Sichtweise im Bericht zu platzieren.

Die GEW spricht sich gegen die unterschiedlichen Formen einer Marktplatzierung und –öffnung des öffentlichen Schulwesens aus.

## Zusatzqualifikation Fachhochschulreife in der dualen Ausbildung

Für leistungsstarke Auszubildende empfiehlt die Enquetekommission ein Angebot an Zusatzqualifikationen. So soll die Fachhochschulreife zumindest teilweise im Rahmen der betrieblichen Arbeitszeit erworben werden. Auszubildende mit Mittlerer Reife könnten auf eine Verkürzungsmöglichkeit der Ausbildungszeit verzichten und der Ausbildungsbetrieb gestattet im Gegenzug den Zusatzunterricht während der Arbeitszeit.

Unter der Überschrift „Doppelqualifikation statt Durchlässigkeitücke“ hat die GEW im Berufsschul-Info Februar 2005 gefordert: „Allen Teilzeitschüler/innen mit mittlerem Bildungsabschluss muss ein Angebot gemacht werden, die Fachhochschulreife ausbildungsbegleitend zu erlangen.“ Die Enquetekommission bleibt hinter dieser Forderung weit zurück.

1. Sie will das Zusatzangebot der Fachhochschulreife von der Zustimmung der Betriebe abhängig machen – das beschränkt diese Zusatzqualifikation auf wenige. Darauf gründet das Minderheitenvotum von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen, die dieses Angebot allen in Frage kommenden Auszubildenden zukommen lassen wollen.

2. Die Enquetekommission hat darauf verzichtet, dafür ganz konkret den 2. Berufsschultag zu fordern. Ohne diesen ist aber aus der Sicht der GEW ein für die Berufsschüler/innen attraktives Angebot nicht umsetzbar.

Hier wird wieder deutlich, dass viele noch nicht verstanden haben, dass die duale Ausbildung deutlich attraktiver ausgestaltet werden muss, will sie einen Beitrag zur Beseitigung des zukünftigen Fachkräftemangels leisten.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Baden-Württemberg  
Fachgruppe Kaufmännische Schulen und  
Fachgruppe Gewerbliche, Haus- und Landwirtschaftliche,  
Sozialpädagogische und Pfliegerische Schulen

Silcherstr. 7, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030 - 0

eMail: info@gew-bw.de

http://www.gew-bw.de

Druck: Gollhofer, Fellbach

Redaktion: Peter Koch

Auflage: 22.000

## Personalausgabenbudgetierung (PAB)

„Grundvoraussetzung für eine funktionierende Personalausgabenbudgetierung (PAB) ist die uneingeschränkte Unterrichtsversorgung der beruflichen Schulen.“

Darin wird ein wesentlicher Kritikpunkt der GEW aufgegriffen: Nach Meinung der GEW darf die PAB nicht auf Kosten der Unterrichtsversorgung umgesetzt werden. Darüber hinaus darf PAB nicht an befristete Arbeitsverhältnisse gebunden werden. Die Mittel für die PAB muss es zusätzlich zu den benötigten Lehrstellen geben.

Die GEW hatte schon bisher PAB abgelehnt, darin widerspricht die GEW den Empfehlungen der Kommission.

## Einführung eines Seminars in allen Vollzeit-Schularten

In Anlehnung an die Möglichkeit, an beruflichen Gymnasien einen Seminarskurs belegen zu können, der fächerübergreifend angelegt ist und zu Schlüsselbefähigungen wie selbstständiger Arbeitsweise, Projekt- und Präsentationskompetenz führen soll, wird dies mit der Einführung ab dem Schuljahr 2011/12 für alle beruflichen Vollzeitschulen (Ausnahme: berufsvorbereitende Bildungsgänge) empfohlen. Auch vergleichbare Angebote wie die Einführung einer Projektarbeit sind hier vorgesehen, insoweit sie mit einer Dokumentation und Präsentation einhergehen.

Diese Empfehlung ist zunächst grundsätzlich zu begrüßen. Insbesondere die Empfehlung, dass die unterrichtenden Lehrkräfte ein unterstützendes Fortbildungsangebot angeboten bekommen sollen. Allerdings ist die organisatorische Ausgestaltung noch ausgesprochen vage. Ob der Seminarskurs, wie an beruflichen Gymnasien, im Rahmen einer besonderen Lernleistung ermöglicht werden soll, die an zwei halbjährigen dreistündigen Kursen erbracht werden kann, oder ob es sich um eine Orientierung an den oft projekt-, dokumentations- und präsentationsbezogenen gleichwertigen Schülerleistungen handeln soll, bleibt abzuwarten. Erstere dürften bislang an beruflichen Gymnasien selbst auch nur in einem eher überschaubaren Ausmaß Verbreitung finden, letztere haben sich weithin bewährt.

## Individuelle Förderung

„Eine erfolgreiche gesellschaftliche und berufliche Integration von Schüler/innen mit Lern- und Leistungsproblemen oder Behinderungen wird durch diesen pädagogisch-didaktischen Ansatz gefördert.“ So wird der Sachstand dargestellt. Aber die Lehrkräfte sind nicht dafür ausgebildet Schüler/innen speziell mit Behinderungen zu fördern. Insofern sind die Empfehlungen richtig, die Lehrkräfte bezüglich des veränderten Bedarfs fortzubilden. Für den Unterricht von Schüler/innen mit Behinderungen sind speziell ausgebildete Sonderschullehrkräfte und kleinere Klassen unabdingbar.

Außerunterrichtliche Förderangebote, die von der Enquetekommission als sehr wirksam angesehen werden, sind in diesem Zusammenhang eher kritisch zu bewerten. Ehrenamtsprogramme wie z. B. Jugendbegleiter oder Lernbegleiter sind keine verlässlichen Partner zur Etablierung der individuellen Förderung als pädagogischem Prinzip in der Schule. Sie erscheinen deshalb so attraktiv, weil sie nichts kosten.

Dagegen wäre eine Ausbau professioneller Betreuung durch Jugendberufshelfer/innen und Sozialarbeiter/innen zu befürworten. Die Arbeit mit Sozialarbeiter/innen ist sehr positiv, jedoch ist die Finanzierung einer solchen Stelle Aufgabe der Schulträger und oft abhängig von Projektgeldern. Auch hat das Land die Gelder in diesem Bereich gekürzt. Bedauerlicherweise taucht der Ausbau von Schulsozialarbeit zur Unterstützung der Lehrkräfte in den Handlungsempfehlungen nicht auf.

## Werteorientierung im beruflichen Schulbereich

Werteorientierung wird von der Enquetekommission auf zweieinhalb Seiten nur im Zusammenhang von Glauben und Leben als möglich angesehen. Dass es das seit langem etablierte Fach ‚Ethik‘ für die Werteerziehung gibt, ist den Mitgliedern der Enquetekommission offensichtlich unbekannt. Der Religionsunterricht wird als geeignet angesehen für die berufliche Handlungskompetenz, für die Spitzenstellung des Landes in der beruflichen Bildung, für Schüler mit Migrationshintergrund, die Förderung der integrativen Leistung der beruflichen Bildungsgänge - u.a. durch Sprachförderung und Wertevermittlung, für die Förderung des gegenseitigen Verstehens, für echte Toleranz, Integrationsbereitschaft und –fähigkeit. So werden die Kirchen nach Ansicht der Enquetekommission durch den Religionsunterricht zu wichtigen Bildungspartnern für berufliche Bildung und lebenslanges Lernen. Der Prozess der religiösen Bildung wird als für die berufliche Bildung relevant angesehen.

Grundsätzlich kennzeichnet den Religionsunterricht nach Ansicht der Kommission ein Alleinstellungsmerkmal - auch gegenüber dem Ethikunterricht. Dies ist die einzige Erwähnung des Ethikunterrichtes im gesamten Kapitel ‚Werteorientierung‘.

Als Handlungsempfehlung werden personelle und damit auch finanzielle Forderungen zur Gewinnung von Religionslehrer(inne)n durch das evangelische und das katholische Institut für berufsorientierte Religionspädagogik gegeben.

Lediglich die GRÜNEN und die SPD fordern in einem abweichenden Minderheitenvotum, dass das Angebot von Ethikunterricht an den beruflichen Schulen flächendeckend ausgebaut werden soll.

Fazit:

Insgesamt erscheint im Enquetebericht die Werteerziehung ausschließlich im Kontext der christlichen Religionen - das Fach Ethik taucht im Zusammenhang mit Werteerziehung nicht auf. Dies ist um so verwunderlicher, da in allen Lehrplänen des Faches Ethik sowohl die Wertevermittlung als auch die Darstellung von Religionen eine zentrale Rolle spielen und es spätestens seit der Aufklärung keine moralische Deutungshoheit des Religionsunterrichts mehr gibt.

## Kompetenzanalyse

Schon bei der Feststellung des Ist-Zustandes schleichen sich Fehleinschätzungen ein. Dass die „gesteckten Ziele weitgehend erreicht“ werden und bei den Schülerinnen und Schülern „eine sehr positive Rückwirkung auf die Lernmotivation“ erreicht wird, würde bedeuten, dass durch die Analyse der Stärken und einer darauf aufsetzenden individuellen Förderung die Schwächen, die in neun Schuljahren entstanden sind, in einem Dreivierteljahr repariert werden könnten. Die BEJ-/BVJ- oder VAB -Schüler/innen erlebten jedoch seit der Grundschule, dass sie aufgrund ihrer Defizite in Haupt- oder Förderschulen abgeschoben wurden. Dies motiviert die Schüler/innen eher nicht, ihr Bestes zu geben und zu zeigen. Um ihre Lern- und Leistungsmotivation unserer Schüler/innen zu fördern, müssen alle beteiligten Personen (Eltern, Lehrkräfte) und Institutionen (Schule, Wirtschaft,...) ihre oft fehlende Verantwortung wahrnehmen.

„Die Enquete-Kommission empfiehlt, dass die Kompetenzanalyse zusammen mit einem darauf aufbauenden individuellen Förderprozess mittelfristig an allen berufsvorbereitenden Bildungsgängen (BEJ, VAB und BVJ) als Teil der Ausbildung verpflichtend durchgeführt werden soll.“

Die Kompetenzanalyse Profil AC an beruflichen Schulen wurde für Schülerinnen und Schüler mit Hauptschulabschluss konzipiert. Wenn sie in Zukunft auch im BVJ und VAB eingesetzt werden soll, muss die Kompetenzanalyse an die schwächer ausgeprägten Kompetenzen von Förderschüler/innen ohne Hauptschulabschluss und Hauptschulabbrecher angepasst werden.

Es sind immer noch nicht an allen Schulen ausreichend Lehrkräfte für die Durchführung der Kompetenzanalyse geschult. Nicht alle Schulleitungen erachten das Verfahren als sinnvoll. Die Unterstützung der Lehrkräfte von Seiten der Schulleitung bleibt oftmals aus. Eine angemessene „Entschädigung“ für die Durchführung der Kompetenzanalyse in Form eines Deputatsnachlasses wird immer noch nicht an allen Schulen gewährt.

## Umdenken beim Aufstiegslehrgang Bedingungen verbessern!

Das neue Jahr fing nicht gut an für die Kolleginnen und Kollegen im gehobenen Dienst an beruflichen Schulen. Denn zum 1. Januar 2011 trat das neue Dienstrecht in Kraft mit gravierenden Folgen für diese Lehrkräfte. Der Bewährungsaufstieg, der jedes Jahr 60 Lehrkräften im Alter von über 40 Jahren und mindestens achtjähriger Bewährungszeit die Möglichkeit eröffnete, in den höheren Dienst zu gelangen, wurde eingestellt. Letztendlich ist es dem Hauptpersonalrat in Zusammenarbeit mit den Bezirkspersonalräten kurz vor Toresschluss am 31.12.2010 gelungen, insgesamt 74 Lehrkräften nach der alten Methode in den höheren Dienst aufsteigen zu lassen.

Allein maßgebend für den Laufbahnaufstieg bleibt ab sofort nur noch der Aufstiegslehrgang. Hintergrund dieser Maßnahme ist das neue Dienstrechtsreformgesetz. Dort ist zum Aufstieg im § 22 (1) Abs. 5 festgelegt, dass *Beamtinnen und Beamte in die nächste höhere Laufbahn derselben Fachrichtung aufsteigen können, auch wenn die Bildungsvoraussetzungen nach § 15 für diese Laufbahn nicht vorliegen, wenn sie sich durch Qualifizierungsmaßnahmen zusätzliche, über*

*ihre Vorbildung und die bisherige Laufbahnbefähigung hinausgehende Kenntnisse und Fähigkeiten erworben haben, die ihnen die Wahrnehmung der Aufgaben der neuen Laufbahn ermöglichen.*



Peter Koch

Die GEW hatte sich in der Vergangenheit in Gesprächen mit dem Kultusministerium für wesentliche Verbesserungen der Bedingungen des dreijährigen Lehrganges ausgesprochen und gefordert:

- Deputatsnachlass während des Lehrganges.
- Erstattung der Reisekosten, die derzeit zur Hälfte von den Lehrgangsteilnehmer/innen bezahlt werden, bei Seminarorten, die mitunter weit über 100 km vom Wohnort entfernt liegen, wie bei jeder anderen dienstlichen Fortbildung auch.
- Verkürzung des dreijährigen Aufstiegslehrgang, da viele Kolleg/innen bereits über eine langjährige Unterrichtserfahrung verfügen.
- Anrechnung von Vorkenntnissen

Nachdem der Aufstiegslehrgang die einzige Möglichkeit ist, ins höhere Lehramt zu kommen, zieht die These des KM, dass der Aufstieg „teilweise im dienstlichen, z. T.

Peter Koch

## Allgemeines Entlastungskontingent (24er Pool)

### Entlastung für das Personal, nicht für die Schulleitung!

Bei der Verteilung der Poolstunden aus dem 24er Pool seitens der Schulleitungen kommt es immer wieder zu Beschwerden aus den Kollegien. Das Problem ist, dass die Schulleitungen aufgrund der zunehmenden Aufgaben und der nicht ausreichenden Ausstattung des 21er bis 23er Pools, der für Schulleitungsaufgaben zur Verfügung steht, geneigt sind, sich aus dem 24er Pool zu bedienen. Dabei ist klar festgelegt, für was der 24er Pool von Seiten des KM gewährt wird. In der VwV des KM vom 10.11.1993 heißt es zur



Erich Katterfeld

Verwendung der Stunden des 24er Pools: *Für die Wahrnehmung besonderer ständiger außerunterrichtlicher Aufgaben und zum Ausgleich besonderer unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Belastungen.*

Das zielt darauf, dass 24er Poolstunden für Tätigkeiten, die direkt den Schüler/innen und dem Unterricht zugute kommen, vergeben werden!

Als Beispiele seien genannt:

- Lehrmittel- und Fachraumverwaltung
- Verbindungslehrer/in zur SMV
- Lehrer/in für Suchtprävention

aber auch im persönlichen Interesse liege“, nun nicht mehr. Auch dass er ursprünglich als ein Angebot des Landes konzipiert worden ist, um die Attraktivität der beruflichen Schulen z.B. für Direkteinsteiger/innen zu erhöhen, kann nach der Dienstrechtsreform so nicht mehr stehen bleiben. Die Lehrkräfte werden u.a. durch den Ausbau der beruflichen Gymnasien dringend in der Oberstufe gebraucht, teilweise unterrichten sie dort heute schon, ohne die entsprechende Bezahlung zu erhalten.

Es wäre also jetzt der Zeitpunkt gekommen, das Ausbildungskonzept zu evaluieren und neu zu strukturieren. Die mangelnde Attraktivität der bisherigen Lehrgänge zeigte sich u.a. daran, dass die jährlich 100 angebotenen Plätze nur zu etwa Drittel ausgeschöpft wurden. Erstmals für den Kurs im nächsten Schuljahr wurde die Zahl 100 überschritten. Nachdem aber die neue Situation nur noch diesen einen Weg zum höheren Dienst offen lässt, könnte der Bedarf auch in den Folgejahren weiter ansteigen. Daher ist die Zahl der Lehrgangplätze zu erhöhen.

Die GEW fordert daher das KM weiterhin auf, die Rahmenbedingungen für den Aufstiegslehrgang entscheidend zu verbessern und damit die Entscheidung der Kolleg/innen für einen Laufbahnwechsel und damit einen Einsatz im Oberstufenunterricht zu erleichtern.

Peter Koch

Fortsetzung von S.1 "Tarifergebnis..."

verschlechtern: Um ein Ergebnis für die GEW zu erreichen, müssten wir die Arbeitgeber durch Streik an den Verhandlungstisch zwingen. Dann müssten wir dafür streiken, dass sie mit uns über das vorliegende Ergebnis verhandeln. So viel Streikbereitschaft konnten wir Delegierten der Bundestarifkommission bei unseren Mitgliedern nicht erkennen. Deshalb haben wir dem Ergebnis zugestimmt.

### Fazit:

Die Tarifrunde 2011 hat wieder einmal deutlich gemacht, dass allein mit Verhandlungen und ein paar Warnstreiks kein befriedigendes Ergebnis zu erzielen ist. Unsere Forderung nach gleicher Bezahlung für gleichwertige Arbeit ist berech-

tigt. Um sie durchzusetzen, müssen wir Tarifbeschäftigten in der GEW mehr werden und wir müssen alle (!) mutiger werden. Allein unser aller Streikbereitschaft und damit unsere Streikfähigkeit wird die Arbeitgeber zu Zugeständnissen bewegen. Jede tarifbeschäftigte Lehrkraft muss sich nun die Frage stellen, wie ernsthaft er/sie bereit ist, für die Forderung nach Gleichbehandlung in längeren Erzwingungsstreiks auf die Straße zu gehen. In der nächsten Tarifrunde haben wir Gelegenheit die richtige Antwort zu geben.

Mitglieder werben, Mitglied werden und streikbereit sein – das sind die nächsten Schritte!

Brigitte Wuttke, Bärbel Etzel-Paulsen,  
Klaus Willmann  
Mitglieder der GEW-  
Bundestarifkommission



Am 2. März hatte die GEW zum Warnstreik für die diesjährige Tarifrunde aufgerufen, in Stuttgart folgten dem Aufruf 2.000, in Freiburg 500 und in Karlsruhe 250 angestellte Lehrkräfte, unterstützt von ihren verbeamteten Kolleg/innen. In Karlsruhe stiegen knapp 100 rote Luftballone in den sonnigen Himmel der Fächerstadt, jeder Ballon für eine am Streik beteiligte Schule. Alfred Ubung (l., GEW-Geschäftsführer) und die Hauptrednerin Anne Jenter (Bildmitte) sahen es mit großer Befriedigung.

## Dienstrechtsreform (DRR)

### Neues zur Teilzeitbeschäftigung

Im Zuge der Einführung des neuen Dienstrechtes wurde vom KM eine neue Verwaltungsvorschrift „Teilzeitbeschäftigung, Urlaub und Urlaub von längerer Dauer ohne Dienstbezüge“ zum 1.2.2011 in Kraft gesetzt, die die alte VwV „Freistellungen von längerer Dauer“ ablöst.

Eine Teilzeitbeschäftigung (TZ) kann wie bisher aus familiären Gründen oder „sonstigen Gründen“ in jeder Zwischenstufe von mindestens einem halben Lehrauftrag bis zu einem um eine Wochenstunde gekürzten vollen Lehrauftrag beantragt werden. Die „arbeitsmarktpolitische Teilzeit“ ist indes völlig entfallen.

Neu ist in diesem Zusammenhang, dass die Regelung der TZ auch für Funktionsstelleninhaber wie Schulleiter/innen oder Fachabteilungsleiter/innen gilt. Damit ist die bisherige TZ für die Gruppe von mind. einem 3/4-Deputat gefallen. Nichtsdestotrotz müssen die Funktionsaufgaben auch bei einem halben Deputat in vollem Umfang wahrgenommen werden.

Ebenso neu ist die unterhäufige Teilzeit: Eine 30%ige TZ kann bewilligt werden zur Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren oder eines pflegebedürftigen Angehörigen, die auf die Höchstbeurlaubungsdauer von 15 Jahren

angerechnet wird.

In der Elternzeit kann sogar eine TZ von 25% bewilligt werden, wenn es im Interesse des Dienstherrn liegt. Die Bewilligung von „grundloser“ Teilzeit kann davon abhängig gemacht werden, dass man diese zeitlich festlegt. Pensionsberechtigung wird ebenfalls nur anteilig erworben.

Neu in der VwV ist die Berücksichtigung der Teilzeitbeschäftigten bei der Verteilung der außerunterrichtlichen Tätigkeiten. Dass dies in die VwV aufgenommen wurde, ist allein das Verdienst der GEW. Es gibt den Schulen die Grundlage, die Arbeitsbedingungen der Teilzeitbeschäftigten besonders in den Blick zu nehmen.

Zu beachten ist allerdings, dass nach wie vor bestimmte Dienstaufgaben bei 25%iger TZ in vollem Umfang wahrgenommen werden müssen, wenn z.B. Konferenzen am unterrichtsfreien Tag angesetzt sind.

Die GEW fordert, den Arbeitsplatz Schule so zu gestalten, dass Vollzeitbeschäftigung als Lehrkraft für beide Geschlechter auch mit Familientätigkeit möglich und attraktiv wird. Dafür müssen z.B. auch geeignete Betreuungsangebote in Schul- und Wohnortnähe zur Wahl stehen.

Georgia Kolb/ Peter Koch

## Fachtagung der GEW Baden-Württemberg

### Berufsfachschulen - Werkrealschule Geht das zusammen?

Zeit: **Mittwoch, 13. Juli 2011, 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr**

Ort: **DGB-Haus Stuttgart, Willi-Bleicher-Str. 20**

### Ablauf

10.30 h Begrüßung

10.45 h Referat MRin Dr. Nölle

Vorstellung des Modells der neuen Werkrealschule mit Schwerpunkt Auswirkungen auf die Berufsfachschulen

11.30 h Podiumsdiskussion

u.a. mit MDgt Lorenz (KM-Abteilung berufliche Schulen)

mit den Fachabteilungsleiterinnen Marion Kramer-Hellermann und Susanne Walther (GEW)

mit dem HS-Schulleiter Erhard Korn (GEW)

und mit Michael Futterer, stellv. GEW Landesvorsitzender

Moderation: Hans Gampe, stellv. GEW-Landesvorsitzender

13.30-15.30 h Nach der Mittagspause sind drei Workshops vorgesehen.

Anmeldung Online- Anmeldung: [www.gew-bw.de/Fachtage.html](http://www.gew-bw.de/Fachtage.html)

Anmeldeschluss: **30.06.11**

Tagungsbeitrag: GEW-Mitglieder: 5 Euro (für Mittagessen)  
Nicht-Mitglieder: 20 Euro (inkl. Mittagessen)

Erich Katterfeld